

Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag

Über den Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben nach der Zustimmung der Parteitage der beiden anderen Koalitionsparteien nun noch wir Mitglieder der Partei DIE LINKE im Landesverband Thüringen in einem Mitgliederentscheid zu befinden. Ich bin sicher, dass es im Mitgliederentscheid eine Mehrheit für den Koalitionsvertrag geben wird.

Zur Weiterführung der r2g-Koalition gibt es keine vernünftige und verantwortbare Alternative, auch wenn die erfolgreiche Arbeit nun unter den schwierigen Bedingungen einer Minderheitskoalition fortgeführt werden muss. Das ist eine Herausforderung, die neues Denken verlangt. Aber es ist kein Abenteuer. Wie jeder Koalitionsvertrag ist auch dieser neue ein Kompromiss. Neu sind nicht nur neue gemeinsame Inhalte und Ziele der Koalitionäre, neu ist, dass der Vertrag auch viele Vorhaben enthält, die anschlussfähig für CDU und FDP sind bzw. werden könnten, auch wenn es nicht einfach werden wird, für Zustimmung von Seiten der demokratischen Opposition zu werben. Das wird das Eingehen neuer Kompromisse einschließen müssen, im Interesse der Stabilität und der übergroßen Mehrheit aller Thüringer Bürgerinnen und Bürger. Das Suchen nach Mehrheiten wird als Chance begriffen:

„Die Notwendigkeit im Parlament Mehrheiten zu suchen, sehen wir als eine Chance für die Thüringer Politik. In Regierungs- oder Oppositionsverantwortung muss die Politik besser zuhören, an der Sache orientierte Kompromisse finden und den Blick auch auf Ungewohntes richten. Die Regierungsarbeit wird dadurch herausfordernder. In unserem Freistaat ist demokratische Opposition künftig mit mehr Gestaltungsmöglichkeit verbunden. Das ist eine Chance, die mit staatspolitischer Verantwortung einhergeht.“

Daraus erfolgt eine Einladung: „Damit sich unser Freistaat auch in Zukunft positiv entwickelt, müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Wir laden dazu ein, diese Weichenstellungen gemeinsam mit uns vorzunehmen.“

Unser Land soll geprägt sein durch Offenheit für die Vielfalt unserer Familien und der sozialen Formen des Zusammenlebens, aus der die Menschen Kraft für ihre gelingende Lebens- und Zukunftsgestaltung schöpfen. Die Familien und das Zusammenleben der Generationen müssen im Mittelpunkt der Politik des Landes stehen.“

Gemeinsam vorbereitete landespolitische Entscheidungen und Weichenstellungen, die von allen Kräften getragen werden, die sich der Demokratie und den Werten des Grundgesetzes verpflichtet fühlen, und die

mit einer breiten parlamentarischen Zustimmung beschlossen werden, können den Zusammenhalt der Thüringerinnen und Thüringer nachhaltig festigen. Das ist umso wichtiger, wenn die Demokratie und der Zusammenhalt der Menschen von Rechtsaußen bedroht werden.

Ein Kompromiss enthält ganz sicher immer Inhalte und Formulierungen, die sowohl für die Spitzen der Parteien, die ihn geschlossen haben, als auch für die Mitglieder und Wähler nicht das Optimum darstellen und die zuweilen auch nahe an die Schmerzgrenze gehen. Aber: Jeder erkennt seine Positionen im Kern wieder. Wer Politik zum Wohle der Menschen, für mehr soziale Gerechtigkeit, für den Klima- und Ressourcenschutz, für Fortschritte in allen gesellschaftlichen Bereichen, für die Verteidigung der Demokratie und für mehr Sicherheit, für die Stärkung Thüringens machen will, muss den Zusammenhalt im Land stärken.

Wir wollen gemeinsam in der rot-rot-grünen Koalition und gemeinsam mit der demokratischen Opposition, gestützt auf einen breiten demokratischen Diskurs, Thüringen voran bringen.

-ECKHARD GRIEBEL-

*Den Vertrag findet man unter:
www.die-linke-thueringen.de/start/koalitionsvertrag-2020*



*Das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die vor 101 Jahren ermordet wurden, hat nichts mit einem Ritual zu tun. Im Gegenteil: Angesichts der aktuellen Bedrohungen ist es unerlässlich, daran zu erinnern, dass Demokratie und Bürgerrechte, Humanismus und Frieden nichts Selbstverständliches sind. Sie müssen immer verteidigt werden. Daran erinnerten während der gemeinsamen Gedenkveranstaltung Anette Nagel (SPD) und Klaus Lamprecht (DIE LINKE).
Foto: E. Griebel*

Die Vereinsförderung wieder zukunftsfähig machen!

Wieder einmal wird die Stadt Suhl von ihrer Vergangenheit als Bezirksstadt eingeholt. Als Altlast hält eine Stadt mit jetzt 37.000 Einwohnern Einrichtungen vor, die einmal für den Bezirk Suhl vorgesehen waren. Dazu gehören das CCS, das Schießsportzentrum, der Tierpark, die Sternwarte und auch das Waffenmuseum.

Weil das so ist, ist eine ausgeglichene Haushaltsführung kaum möglich. In den letzten Jahren wurde das über Bedarfszuweisungen kompensiert. (2015 – 2018 waren das 39 Mio!)

Auch eine Einkreisung in einen Landkreis löst das Problem nicht, denn diese Einrichtungen gehören zu den sogenannten freiwilligen Aufgaben, die bei der Stadt bleiben. Als „Bestrafung“ dafür, dass der Stadtrat im Mai 2019 eine strittige Vereinbarung zur Einkreisung nicht unterzeichnet hatte, wurde der Stadtverwaltung stehenden Fußes untersagt, bereits beschlossene Mittel zur Förderung von Vereinen in der Kultur und im Sport auszureichen. Das hat zu Recht für Empörung gesorgt. Wir wurden dafür bei der Kommunalwahl abgestraft.

Für einige Vereine, die größere Veranstaltungen durchführen (z.B. Provinzschrei und Straßenfestival), wurden Lösungen gefunden. Sportvereine mit eigenen und gepachteten Sporteinrichtungen erhielten die vertraglich zugesicherten Zuschüsse. Andere Vereine, die in Vorleistungen gegangen sind, müssen jetzt sehen, wie sie zu ihrem Geld kommen. Kommunalrechtlich ist das sicher zu begründen, das hilft aber den betroffenen Vereinen nicht. Und vor allem ist das kein zukunftsweisendes Vorgehen.

In dem Bescheid zu der gekürzten Bedarfszuweisung im November wurde darauf verwiesen, dass die Stadt ja den erlaubten Anteil von

3,5% des Gesamthaushaltes für freiwillige Aufgaben mit über 6% weit überschritten hätte. 4% macht aber allein der Anteil des CCS aus!

Was nun? CCS, SSZ, Tierpark schließen...? Oberzentrum? Gute Nacht! Es geht um die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung durch eine auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land. Deshalb auch unsere Unterstützung für die Klagen gegen die Bescheide.

Nach einem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltungsspitze der Stadt auf Einladung des Präsidenten des Landesverwaltungsamtes gaben die Suhler Vertreter Herrn Roßner in einem Schreiben zwei Lösungsansätze mit. Zum einen muss generell die Finanzierung des CCS unter Landesbeteiligung (in welcher Form auch immer) geordnet werden. Andere Städte werden bei vergleichbaren Einrichtungen auch unterstützt. Ein erster Schritt wäre die Herausnahme der Betreibung des CCS aus den „freiwilligen Leistungen“. Und zum anderen bedarf es einer gemeinsamen Bestimmung der anteiligen Höhe der freiwilligen Leistungen am Haushalt in Suhl. Richterliche Urteile in anderen Teilen der Bundesrepublik helfen da wenig.

In einem ersten Schritt werden wir die Richtlinien zur Vereinsförderung im Sport überarbeiten, um sie für „haushaltslose“ Zeiten praktikabel zu gestalten. Da sind wir uns mit dem Suhler Sportbund einig. Das neue Sportfördergesetz kann dabei eine unterstützende Rolle spielen. Im Bereich der Kultur ist das komplizierter. Aber auch hier sind in Richtlinien gefasste Kernaufgaben vertraglich zu sichern.

Für diese Wege brauchen wir aber auch erstmal wieder einen ausgeglichenen und bestätigten Haushalt...!

–KLAUS LAMPRECHT–

Worauf warten sie?

Seit Jahren, so war in Freies Wort zu lesen, kämpfen in Dietzhausen Mitglieder des Ortsteilrates um die Erhöhung der Sicherheit an der Bushaltestelle in der Ortsdurchfahrt. Ein Überweg soll her, vor allem im Interesse der Kinder im Schülerverkehr. Von Seiten der Stadtverwaltung sei aber immer wieder gesagt worden, dass nichts zu ändern ist.

Es wiederholt sich immer wieder, dass die Verantwortlichen in der Verwaltung Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nach Einführung von Geschwindigkeitsbeschränkungen und der Schaffung von Überwegen oder der Aufstellung von Ampeln in verschiedenen Ortsteilen quasi automatisch und langanhaltend ablehnen. Welche Denkungsart steckt dahinter? Dass sie glauben, die Einwohner haben nichts zu fordern?

Oder sind sie im Denken der alten Bundesrepublik der 50er Jahre befangen („autogerechte Stadt“?). Worauf warten sie eigentlich? Darauf, dass der Gesetzgeber innerstädtisch Tempo 30 verordnet und Tempo 50 die Ausnahme wird? Das Land Berlin will im Bundesrat Tempo 30 in allen deutschen Städten erreichen. Das wird ebenso wenig aufzuhalten sein wie Tempo 130 als maximale Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen. Eine Maßnahme, die kaum etwas kostet und Unfälle und Emissionen minimiert. Vielleicht aber sitzen die Verantwortlichen in Suhl einfach auf dem hohen Ross, von oben herab betrachtet wirken ja bekanntlich große Probleme klein.

Auch für die Zellaer Straße, die ja nichtmal durchgehend einen Bürgersteig hat und wo vorhandene Abschnitte den Namen nicht verdienen, hatte die Verwaltung schon vor Jahren versprochen, die Einführung einer Tempo-30-Zone zu prüfen. Getan hat sich – Sie ahnen es – nichts. Wie lange noch wollen wir diese Arbeitsweise dulden? Wer ist für wen da?

–EBE–

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl

Tel./Fax: 03681/308158 | www.die-linke-suhl.de | **e-Mail:** rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de

IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51 | **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl

V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl

Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen

Redaktionsschluss unserer März-Ausgabe 2020 ist am 21.02.2020

100 Jahre Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch

Am 23. Februar hielt der Jenenser Historiker Mario Hesselbarth einen hochinteressanten Vortrag zum Thema Kapp-Putsch, anschließend folgte eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion. Das Thema stößt gerade in Suhl immer wieder auf eine große gesellschaftliche Aufmerksamkeit, gehörte doch Suhl zu den Städten Thüringens, die im März 1920 den die Putschisten unterstützenden Reichswehrseinheiten entschlossen und erfolgreich Widerstand leisteten. Wir betrachten es heute für alle Demokrat*innen als Verpflichtung, diese historische Leistung Suhler und Zella-Mehlis'er Arbeiter und Vertreter anderer sozialer Schichten im Gedächtnis zu behalten und ihr Vermächtnis zu bewahren.

Mario Hesselbarth führte aus, dass der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch vom 13. bis Ende März 1920 die größte Massenaktion während der Zeit der Weimarer Republik zur Verteidigung der parlamentarischen Demokratie war. In der Abwehrbewegung gegen die Putschisten vereinigten sich für wenige Tage alle politischen Strömungen der Arbeiterschaft, von der äußersten Linken bis hin zu den sozialdemokratischen, liberalen und katholischen Arbeiterinnen und Arbeitern, und des demokratisch orientierten Bürgertums zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die drohende Militärdiktatur bzw. Diktatur von Rechts. 12 Millionen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Beamte bildeten auf diese Weise einen unüberwindlichen Abwehrwall für die Demokratie, obwohl sie damit formell gegen geltendes Recht verstießen, denn seit dem 13. Januar 1920 war über Deutschland der Ausnahmezustand verhängt worden, der Streiks verbot und Aufrufe zum Streik unter Strafe stellte. Mit heutigen Begriffen war die Generalstreikbewegung insofern ein Akt des zivilen Ungehorsams. Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch zeigte, dass es konkrete historische Situationen geben kann, in denen die parlamentarische Demokratie vor allem mit außerparlamentarischen Mitteln verteidigt werden muss.

Die Auslösung des Putsches in der Nacht vom 12. bis 13. März war ein Alleingang des militärischen

Kopfes der Verschwörung, des Generals Lüttwitz. Es gab jedoch über den engeren Kreis der Putschisten hinaus bei großen Teilen der Militärs sowie der Verwaltung und vor allem im konservativen und rechtsgerichteten Bürgertum, Kleinbürgertum und einem Teil der landbesitzenden Bauernschaft eine wohlwollend-abwartende Haltung gegenüber dem Putsch.

Die Städte Zella-Mehlis und Suhl waren das Zentrum der aktiven Abwehr des Putsches in Südthüringen. Ausgehend von ihrem Erfolg über eine Reichswehreinheit aus Meiningen bei den bewaffneten Auseinandersetzungen in Suhl am 15. März 1920 trugen die hier gebildeten Arbeiterwehren maßgebend dazu bei, dass das vom Militär besetzte Gotha freigekämpft werden konnte. Zeitgenössisch und auch durch die spätere Geschichtsschreibung ist m.E. vieles überinterpretiert worden. Weder wurden in Suhl und Zella-Mehlis Räterepubliken ausgerufen, noch stellten die Arbeiterwehren den Versuch dar, eine Rote Armee zu bilden. Vorstellbar allerdings war, Teile dieser Wehren in eine zukünftige Volkswehr als Alternative zur Reichswehr zu überführen. Unmittelbar nach den Kämpfen begann die Führung der Suhler Arbeiterschaft, teils unter Vermittlung der Landesregierung in Meiningen, mit Reichswehrminister Noske bzw. Beauftragten der Reichsregierung über die Normalisierung der Situation zu verhandeln, was letztlich auch gelang. So blieben denn beide Städte vom Rachezug der Reichswehr durch Westthüringen (22. bis 31. März) verschont.

Bei einer politisch so breiten Bewegung, die sich zwar im Ziel der Abwehr des Putsches einig war, darüber hinaus aber unterschiedliche und sich teilweise ausschließende Zukunftsvorstellungen hatte, konnte es nicht ausbleiben, dass unmittelbar nach der Niederschlagung der Putschisten Differenzen innerhalb der Abwehrbewegung auftraten. Am Beginn des Generalstreiks gab es zwei Grundrichtungen. Die Mehrheit plädierte für die Verteidigung der Verfassung und der verfassungsgemäßen Regierung Ebert/Bauer. Eine Minderheit wollte anstelle der parlamentarischen Demokratie eine

Räteverfassung und die Diktatur des Proletariats. Im weiteren Verlauf des Generalstreiks wurde eine dritte Strömung immer stärker, die die parlamentarische Demokratie durch grundlegende strukturelle Veränderungen wie der Demokratisierung des Militärs und der Verwaltung sowie der Sozialisierung bestimmter Bereiche der Wirtschaft stabilisieren wollte.

Zur Diskussion nur so viel: Es wurde das Bestreben deutlich, den Kapp-Putsch, besonders auch die Abwehr der brutalen Reichswehraktion (die nicht unmittelbarer Bestandteil des Putsches war) in Suhl und den Widerstand differenziert zu bewerten, auch im Gegensatz zu pauschalen und falschen Darstellungen der Ereignisse durch die SED-Geschichtspropaganda, z.B. die Bewertung der Rolle der KPD. Das Bündnis der reaktionären Militärs mit Rechtsaußen der Mehrheitssozialdemokratie wie Gustav Noske fand ebenfalls die gebührende Wertschätzung. Historisch Interessierte sind übrigens aufgefordert, nach bisher unbekanntem Quellen zu suchen. Die staatlichen Archive stehen für jedermann offen!

Der Suhler Stadtrat hat am 27.11.2019 mit großer Mehrheit beschlossen, dass am Alten Rathaus eine Tafel angebracht wird:

„Der Spruch am Rathaus „Im grünen Wald die rote Stadt, die ein zerschossenes Rathaus hat“ (1920)“, wurde 1927 von dem Suhler Lehrer Karl Mundt verfasst. Erklärung zu den geschichtlichen Ereignissen: Bei den Märzkämpfen 1920 in Suhl im Zusammenhang mit dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch belagerten Arbeiterwehren das von Reichswehrtruppen besetzte Rathaus und zwangen die Soldaten zur Aufgabe. 13 Menschen fanden bei den Kämpfen den Tod. Der Spruch des Suhler Direktors Karl Mundt über dem Rathausportal bezieht sich auf die Einschüsse und die politische Situation jener Zeit.“

– I. LEUKEFELD/E. GRIEBEL –

Die Tafel wird am 15. März 2020, aus Anlass des 100. Jahrestages der Niederschlagung des Kapp-Putsches, angebracht. (Informationen über die Uhrzeit liegen noch nicht vor.)



Die erste Scheckübergabe vom Verein Alternative 54 e.V. unseres neu gewählten Landtagsabgeordneten Philipp Weltzien. Die Mädchen des Tanztheaterensembles „Balett kreativ“ freuen sich riesig über die 500,00 Euro. Ihre Trainerin Frau Irma-Grit Graßmann investiert viel aus ihrer eigenen Tasche, um den Mädchen den Traum vom Tanzen zu erfüllen. Ende des Jahres 2019 waren die Tänzerinnen

sehr erfolgreich mit der Premiere „Die kleine Seejungfrau“ nach der literarischen Vorlage von Hans Christian Andersen. Wir wünschen weiterhin viel Erfolg und Spaß bei dieser interessanten Freizeitbeschäftigung. Foto: I. Burandt

20.02.2020 (Donnerstag) 19:00 Uhr Vortrag / Diskussion, Hotel Michel Suhl – ÖKOSTROIKA - DIE ETWAS ANDERE SOZIALISMUS-AUFARBEITUNG

Mit Dr. Rainer Gunkel (Suhl)

Rudolf Bahro prägte für Gorbatschows Denken und Handeln den Begriff „Ökostroika“. Aber Glasnost und Perestroika hatten nur 6 Jahre Zeit, um die Welt zu bewegen. Leider ignoriert die gängige Geschichtsschreibung diese Alternative, eine hoffnungsvolle, auf Zukunft gebaute Wendung des Sozialismus. Erstmals wurde in der großen Politik der verschwenderische Umgang mit den Lebensgrundlagen ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Die westlichen Demokratien aber hielten fest am diktatorischen Umgang mit der Natur und den rohstoffreichen Drittländern, während Gorbatschow die Diktatur abzuräumen begann und die Türen öffnete für demokratische Entwicklungen. Diese Sicht auf die jüngere Geschichte soll Bestandteil der Sozialismus-Aufarbeitung allgemein und der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit sein.

Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen gemeinsam mit dem Suhler Gesprächsforum „alternativ“

Termine für Februar 2020

Di	04.02.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
		19.00 Uhr	DEFA-Filmklassiker in der Kulturbaustelle „Die Verlobte“ DDR 1980, Regie: Günther Rücker / Günter Reisch 112 min, FSK 12, u. a. mit Jutta Wachowiak, Regimantas Adomaitis, Inge Keller
Fr	07.02.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Mo	10.02.	15.00 Uhr	Sprechstunde des Stadtvorstandes DIE LINKE, Geschäftsstelle
		18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	12.02.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Mo	17.02.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	18.02.	19.00 Uhr	Kino hinter der Fassade in der Kulturbaustelle KEIN ASYL - Anne Franks gescheiterte Rettung USA / D / UK / 2015, FSK 12, 75 min. Englisch/Deutsch mit UT; Regie: Paula Fouce
Do	20.02.	19.00 Uhr	Ökostroika - Die etwas andere Sozialismus-Aufarbeitung mit Dr. Rainer Gunkel (Suhl), Hotel Michel (siehe Kasten)
Sa	22.02.		Landesbildungstag der LINKEN in Elgersburg
Mo	24.02.	15.00 Uhr	Sprechstunde des Stadtvorstandes DIE LINKE, Geschäftsstelle
		18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	26.02.	14.00 Uhr	AG Senioren, Geschäftsstelle

Terminvorschau

Di	03.03.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Do	23.04.		Diskussion zur Strategiedebatte der Partei DIE LINKE mit Tom Strohschneider
Sa	27.06.		Sommerfest der LINKEN Suhl

Das politische Buch

Peter-Michael Diestel

In der DDR war ich glücklich. Trotzdem kämpfe ich für die Einheit

Rückblicke. 304 Seiten Verlag Das Neue Berlin

Buch 22,- EURO

ISBN 978-3-360-01338-5

eBook 16,99 EURO

ISBN 978-3-360-50161-5

Filmempfehlung

Als Hitler das rosa Kaninchen stahl

D 2019 RE: Caroline Link DB:

Anna Brüggemann / C. Link nach dem gleichnamigen Roman von Judith Kerr

DA: Riva Krymalowski, Marinus Hohmann, Carla Juri, Oliver Masucci, Justus von Dohnányi, Ursula Werner u.a.

„Caroline Link hat Judith Kerrs vielgelesenes Kinderbuch fürs Kino neu verfilmt und ermöglicht so auch einem jüngeren Publikum den Zugang zur Geschichte des »Dritten Reichs« aus dem Blickwinkel einer gegläuckten Flucht.“ (epd film)

Einladung

Am 29. Februar und 1. März 2020 wird die DIE LINKE eine Konferenz in Kassel ausrichten, um über künftige Herausforderungen und die Strategie der Partei zu diskutieren. Auf der Webseite strategiedebatte.die-linke.de sind die Beiträge gesammelt, die als Diskussionsgrundlage dienen sollen.

Nach der Konferenz wird am 23. April Tom Strohschneider in einer Veranstaltung des Stadtverbandes die Ergebnisse darlegen und diskutieren.

Ort und Zeit werden rechtzeitig bekannt gegeben.